

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon: 10011

Bezugspreis bei halbjährlicher Zahlung monatlich 3,30 RM. (einschließlich 7% W. für Verlags- und Postgebühren). Bei Einzelheften 1,50 RM. (einschließlich 7% W. für Verlags- und Postgebühren). Bei Abnahme von 10 Hefen 10 RM., bei 20 Hefen 18 RM., bei 30 Hefen 25 RM., bei 40 Hefen 32 RM., bei 50 Hefen 38 RM., bei 60 Hefen 45 RM., bei 70 Hefen 52 RM., bei 80 Hefen 58 RM., bei 90 Hefen 65 RM., bei 100 Hefen 72 RM. (einschließlich 7% W. für Verlags- und Postgebühren). Bei Abnahme von 1000 Hefen 600 RM., bei 2000 Hefen 1100 RM., bei 3000 Hefen 1500 RM., bei 4000 Hefen 1900 RM., bei 5000 Hefen 2300 RM., bei 6000 Hefen 2700 RM., bei 7000 Hefen 3100 RM., bei 8000 Hefen 3500 RM., bei 9000 Hefen 3900 RM., bei 10000 Hefen 4300 RM. (einschließlich 7% W. für Verlags- und Postgebühren). Bei Abnahme von 10000 Hefen und mehr wird der Preis nach Vereinbarung festgesetzt.

Verlag: Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon: 10011

## Immer neue litauische Uebergriffe

### Landesdirektor Szigaud gewaltsam abgesetzt

Königsberg, 10. Februar. Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Reichsdirektoriums, das noch im Amt war, ist am Dienstag ebenfalls von dem „Landesdirektor“ Tollschuss gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Tollschuss erschien im Zimmer Szigauds und forderte ihn in barschem Ton auf, ihm die sämtlichen Amtsschlüssel zu übergeben, worauf ihm Szigaud erwiderte, das könne er nicht, da er sich noch im Amt befinde. Tollschuss verließ darauf das Amtszimmer.  
Solte sich drei bewaffnete Polizeibeamte, die im Vorzimmer postiert wurden, und gab nunmehr Szigaud den Befehl, das Zimmer zu räumen.  
Szigaud mußte der Gewalt weichen. Er gab eine schriftliche Erklärung ab, in der er betonte, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte als Landesdirektor zu führen. Hierzu brauche er aber keinen Auftrag von Tollschuss. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes gehindert.

### Deutschland verlangt unverzügliche Behandlung des Memelkonflikts

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter  
Genf, 10. Februar. Das Telegramm des litauischen Außenministers Janušius an den Völkerbundrat, in dem er erklärt, nicht vor dem 15. Februar nach Genf kommen zu können, sei ein Verstoß, die Verhandlungen über den Memelkonflikt endlich zu verschleppen, hat in den Kreisen der deutschen Delegation harte Erregung und Empörung ausgelöst. Da zu befürchten war, daß der Rat sich bei dieser Lage der Dinge in der Sache des Memelkonflikts, in der die sofortige Einberufung des Rates verlangt worden war, begab, hat Staatssekretär v. Bülow heute nachmittag zum Generalsekretär Drummond, und der Leiter der Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialrat Meyer, zum Untergeneralsekretär Schalkowski, um einen sofortigen Schritt des Rates zu fordern. Man wird annehmen können, daß die leitenden Völkerbundbeamten darauf aufmerksam gemacht worden sind, welche Verschärfung der Lage durch eine weitere Verzögerung eintreten müsse und in welchem Maße das Ansehen des Völkerbundes dann auch hier wieder leiden müsse.

### Deutschland verlangt den Zusammentritt des Rates, gleichgültig, ob Litauen auf eine Beteiligung an dieser Sitzung verzichtet.

Dennoch selbstverständlich können sowohl der in der Schweiz befindliche Gesandte Jizkauskas, als auch der Oberbefehlshaber der litauischen Militärdelegation, der Pariser Gesandte Rimass, jeden Augenblick als Repräsentanten bevollmächtigt werden. Ein Eric Drummond hat ausgesagt, sich heute nachmittag noch telefonisch mit Romo in Verbindung zu setzen, um einen beschleunigten Zusammentritt des Rates noch unter der Teilnahme Litauens zu erreichen. Man erwartet eine Entscheidung spätestens Donnerstag früh. Natürlich ist zu befürchten, daß in jedem Falle eine erhebliche Verzögerung eintritt, wenn Deutschland nicht energisch auf beschleunigter Einberufung des Rates zu einem ganz nahen Termin besteht. Wie immer auch Litauen verhält, die Behandlung der Frage ist in Genf schon viel zu lange verschoben worden, was gerade nach Krüningers deutlicher Note in Deutschland als besondere Nachlässigkeit empfunden werden muß.

### Janušius „schon“ am 18. Februar in Genf

Romo, 10. Febr. Auf die erneute telegraphische Anfrage des Völkerbundsekretariats, ob und wann die litauische Regierung ihren Vertreter nach Genf zu entsenden gedenke, hat die litauische Regierung dahin geantwortet, daß falls der Rat die Behandlung der deutschen Memelbeschwerden für dringend notwendig befänden sollte, Außenminister Janušius, soweit es sein Gesundheitszustand zulasst, „schon“ am 18. Februar in Genf eintreffen werde.

### Beunruhigung in deutschen Kreisen Romos

Romo, 10. Febr. Die litauischen amtlichen Kreise und die litauische Presse haben bisher mit Nichtachtung und Pöhlerei die deutschen Proteste gegen die litauischen Gewaltmaßnahmen im Memelgebiet zur Kenntnis genommen. In Kreisen der sehr harten deutschen Minderheit in Romo ist man über diese Entwicklung auf das höchste beunruhigt, und man hält es für unbedingt notwendig, daß erheblich energischer gegen Litauen vorgegangen werden muß. Für das unentschlossene deutsche Vorgehen in Romo wird nicht zuletzt auch der deutsche Gesandte in Romo, Morath, verantwortlich gemacht, der der deutschen Minderheit in Litauen schon wiederholt Kritik zur Kritik gegeben hat.

### Gefährdete Sozialpolitik

Unter den vielen brennenden Fragen unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens nimmt gegenwärtig die Frage der Sozialpolitik einen besonderen Rang ein. Nicht, daß sie bis jetzt besonders in den Vordergrund des öffentlichen Meinungsstreites getreten wäre. Aktuelle außen- und innenpolitische Tagesfragen haben sie vielmehr bisher in der Diskussion kaum zum Wort kommen lassen. Aber sie ist wichtig genug, weil durch den Verzicht der Spargelder durch die Inflation und durch die Wirtschaftskrise heute für Millionen von Menschen die Ansprüche aus der Sozialversicherung der einzigen Rückhalt für Zeiten der Krankheit, des Alters und der Invalidität sind. Leider sind aber die Sozialversicherungen selbst durch die Krise und durch andere Umstände heute in ihrem Bestand auf das schwerste bedroht. Diese Not ist so groß geworden, daß sie nicht nur die Reichs-, sondern auch, wie die umfangreiche Debatte im Sächsischen Landtag gezeigt hat, die Landespolitik beschäftigt. Das ist nicht verwunderlich angesichts der mit immer größerer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte, die Reichsregierung plane eine umfangreiche Reform unserer gesamten Sozialpolitik.

Charakteristisch für die Aufrollung der Frage der Reform der Sozialversicherung in unserem sächsischen Parlament war ein sozialdemokratischer Antrag, der sich nicht etwa mit der Frage beschäftigte, wie bringt man die sozialen Einrichtungen am besten, und ohne ihren Kern zu gefährden, über die Krise hinweg, sondern der in der Zeit wirtschaftlicher Not die Forderung stellte, diejenigen Versicherungsbeiträge, die nicht mehr von der Wirtschaft aufgebracht werden könnten, mit Gewalt beizutreiben. In dieser Auffassung offenbart sich das Grundübel, unter dem unsere Sozialversicherung erst notleidend geworden ist. Man hat in den Nachkriegsjahren unter sozialistischem Einfluß in unserer ganzen Sozialpolitik nur ein Problem der Verteilung des vorhandenen Volkseinkommens gesehen und vergessen, daß es sich in Wirklichkeit um eine Frage der Lebensfähigkeit der Wirtschaft handelt. Nur eine gesunde, leistungsfähige Wirtschaft kann die Mittel für eine zweckmäßige Sozialpolitik bereitstellen. Wir haben in den Zeiten, in denen es uns noch verhältnismäßig gut ging, die Beiträge ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des eigentlichen Trägers der Versicherungen in die Höhe getrieben. Dadurch ist die Quelle verstopft worden, aus der allein die soziale Fürsorge gespeist werden kann. Es gilt aber der Satz, eine gesunde Sozialpolitik kann nur gesichert werden, wenn dadurch die schaffende Wirtschaft in ihrer Existenzkraft nicht untergraben wird. Die Grundfrage der Sozialpolitik sind immer nur diejenigen Menschen, die wertvollste im Produktionsprozeß stehen. Deshalb richtet sich jede Beitragsforderung, die die Kaufkraft der Massen aber wehrt schmälert und die Produktionskosten mit einer zu hohen Last belegt, unmittelbar in ihrer letzten Auswirkung gegen die Sozialversicherung selbst. Ueberlastete Betriebe, die ihre Produktionskapazität nur noch zu einem Teil ausnützen können oder die ganz stillgelegt werden müssen, können auch durch das ausgedehnteste Beitragsverfahren nicht mehr die von ihnen geforderten Beiträge zahlen. Auch für die Sozialversicherung gilt die alte Weisheit, man dürfe die Henne nicht schlachten, die die goldenen Eier legt. Wie wenig man diesen Grundgedanken beachtet hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die Sozialkassen gegenüber dem Vorkriegsjahr 1913 verzwanzigfacht haben.

Man kann also den Schweregrad, in welche die Sozialversicherungen trotz und gerade wegen der hohen Beiträge geraten sind, auf weite Sicht gesehen, nur abhelfen, wenn man zunächst wieder dafür sorgt, daß einmal die Wirtschaft in Gang kommt und das Erwerblosentum aus dem Leben wieder zu Trägern der Sozialversicherungen wird. Die Frage der Anhebung der Beiträge ist heute, das weiß jeder sozialdemokratische Arbeiter, eine Frage der Rückkehr des Vertrauens durch Befestigung der Tribüne nach außen und durch eine spartanische Sparsamkeit der öffentlichen Wirtschaft nach innen. Genau so wie der Weg der Steuererhöhungen nur zu neuen Produktionsrückfällen und damit zu geringeren Steuererträgen geführt hat, kann für die Sozialversicherungen nicht der Weg zwangsmäßiger Entreibungen untragbarer Beiträge beschritten werden, wenn man nicht die Grundlage der Sozialpolitik, die Wirtschaft, zerstört.

## Brüning erörtert Großbanken-Fusion

### Chefsprechung über die Mittelbeschaffung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 10. Febr. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning fand heute nachmittag in der Reichskanzlei eine sogenannte Chefsprechung über die schwebenden Bankensagen statt. Der Sitzung wohnte außer dem Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse auch der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Dr. Erich, bei. Die Pläne, die das Kabinett in Bezug auf die von ihm gestützten Banken liegt, gehen, wie schon vor einiger Zeit bekannt wurde, dahin, eine

die Danabank etwa 7000. Neben den zahlreichen Berliner Depotkassen haben beide Institute zusammen im Reich rund 210 Filialen. Davon befinden sich 40 Filialen jeder Bank in gleichen Orten, wären also möglicherweise abbaufähig. Da schon bei einer der endgültigen Fusion vorausgehenden Interessengemeinschaft möglicherweise auch eine Zusammenlegung der beiden Berliner Zentralen und eine Nationalisierung des großstädtischen Depotkassenwesens erfolgen könnte, sind die Vertreter des Deutschen Bankbeamtenvereins schon am Montag beim Reichsfinanzminister Dietrich vorstellig geworden. Der Minister hat die schonenbste Behandlung des sozialen Problems ausgelegt. Im übrigen hat man den Eindruck, daß nicht nur von dieser Seite gegen die Regierungspläne ernsthafteste Bedenken bestehen. Selbst in unterrichteten Kreisen wirkt man die Frage auf, ob die Widerstände gegen den Plan der Regierung nicht so groß sind, daß an ihnen die Verwirklichung scheitert.

### Die Tilgung der Neubauhypothen

Berlin, 10. Februar. Im Hinblick auf die schwierige Lage des Neubauschiffes und in dem Begehren, die weitere Senkung der Neubauschiffen zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Spitzenverbände der Realcreditinstitute gebeten, bei der Bemessung der Tilgungssätze von Tilgungshypothen ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß allgemein ein Tilgungssatz von 4 Prozent zur Regel wird und nur da Tilgungssätze von mehr als 4 bis 1 Prozent festgehalten werden, wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist. In dem Rundschreiben betont der Reichsarbeitsminister erneut seine grundsätzliche Auffassung, daß für die Finanzierung des Wohnungsbaues das System der Tilgungshypothen unbedingt den Vorrang gegenüber den gewöhnlichen Rücklagenhypothen verdient. Er wendet sich aber nachdrücklich dagegen, daß etwa Hypothen, für die bisher keine Tilgung vorgesehen war, nunmehr nachträglich in Tilgungshypothen umgewandelt werden, da dies zwangsläufig die Gefahr künftiger Mißstellungen in sich schließt.

Fusion zwischen der Danabank und der Dresdner Bank vorzunehmen. Der Kreditausschuß der Dresdner Bank hat sich bereits am Dienstag mit dieser Fusionsfrage befaßt und einer Uebernahme der Danabank grundsätzlich unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Fusion entsprechend den Vorschlägen der Praktiker und Bankfachleute durchgeführt werde. Dazu gehöre vor allem, daß der neue Bankblock nicht nur auf der Passivseite, sondern vor allem auch durch Schaffung harter Mittel in fröhlich ausgebaut werde.

Kapitel über die Reichsregierung diese Anregungen, so hätte sie sich also in erster Linie über die Art der Bereitstellung neuer Mittel schlüssig zu werden.

Es hat auch den Anschein, als ob die Frage der Beschaffung ausreichender Mittel für den neuen Bankblock den Hauptgegenstand der bisherigen Beratungen zwischen den Ressorts gebildet hat. Eine endgültige Entscheidung ist in der heutigen Chefsprechung noch nicht gefaßt worden. Es sind, was die Fusion zwischen Danabank und Dresdner Bank betrifft, noch eine ganze Reihe, teilweise sehr komplizierter Einzelfragen zu klären, so daß noch mehrere Tage vergehen dürfen, ehe hier die Entscheidung des Kabinetts getroffen wird. Unbehätigen Verlautbarungen zufolge ist geplant, vorläufig nur eine Interessengemeinschaft zwischen der Dresdner Bank und der Danabank herbeizuführen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt durch eine vollkommene Fusion abgelöst werden soll.

Die Fusionsbestrebungen werden naturgemäß von den Bankangehörigen mit einiger Sorge verfolgt. Die Dresdner Bank beschäftigt zur Zeit etwa 6000 Angestellte.

Heute:  
**Literarische Umschau**  
Seite 7